

## BHUTAN ALS OPERATIONS BASIS ZUR SCHAFFUNG EINES "CHINESISCHEN VIETNAM" IN TIBET ?

Oskar Weggel

Die geopolitisch so empfindliche Nahtstelle zwischen China und Indien in der Himalaya-Region ist in den letzten Wochen erneut Zerreißproben ausgesetzt worden. Zahlreiche Symptome sprechen dafür, daß irredentistische tibetische Gruppen, die in enger Fühlungnahme mit dem Dalai-Lama stehen, versucht haben, den König des Himalaya-Staates zu ermorden und seinen Thron zu "tibetisieren", um auf diese Weise eine Operationsbasis zur Verwandlung Tibets in ein "chinesisches Vietnam" und schließlich die Befreiung Tibets von der chinesischen Herrschaft herbeizuführen. Versuche dieser Art werden von Peking um so ernster genommen, als neuerdings der Verdacht aufgetaucht ist, daß die Sowjetunion Agenten nach Tibet einzuschleusen versucht, um auf diese Weise an der alten Wunde Chinas zu scheuern. (1) Es ist auch kein Geheimnis, daß der Dalai-Lama seine Hoffnungen immer mehr auf Moskau zu setzen beginnt. Lange Zeit hatte ja das Oberhaupt der tibetischen Kirche gehofft, daß die Unruhen in Tibet überbrodeln und die Chinesen zum Verlassen des Landes zwingen würden. Eine grundlegende Änderung der Lagebeurteilung trat allerdings ein, als der amerikanische Präsident Nixon Peking besuchte und das Steuer der bisherigen US-China-Politik um 180 Grad herumriß. Der Dalai-Lama sah nun die Zeit für gekommen, Versöhnungsgesten in Richtung Peking zu vollziehen. Ende September 1973 begab er sich auf Europa-Reise, um sich einerseits als Führer der Tibeter bemerkbar zu machen und andererseits in den Hauptstädten Europas eventuell mit den dort residierenden chinesischen Botschaftern Kontakt aufzunehmen. Ende Oktober 1973 freilich gab die chinesische Botschaft in London eine Presseerklärung heraus, in welcher der Gottkönig unwirsch als "reaktionärer Banditenführer" bezeichnet wurde.

Nachdem er die Vergeblichkeit seines Versöhnungskurses gegenüber Peking eingesehen hat, setzt er nun seine Hoffnung wiederum auf die antichinesischen Kräfte in Tibet selbst und auf die Sowjetunion, deren Interesse ja aus einsichtigen Gründen darauf gerichtet ist, China überall dort Schwierigkeiten zu bereiten, wo der Einsatz nicht allzuviel kostet. Die Moskauer Agenten sollen vor allem von Bangla Desh und Indien aus über den Nathu-Paß (in Sikkim) und durch Bhutan nach Tibet eingeschleust worden sein. Aus der sowjetischen Sicht wäre ein unabhängiges Tibet ein ungemein wichtiger Baustein für die Stärkung des sowjetischen Einflusses in Richtung auf den Indischen Ozean und Indien.

Im Zuge dieser Überlegungen und Aktionen wurden nun ausgerechnet zwei der bevölkerungsmäßig unbedeutendsten und wirtschaftlich ärmsten Länder Asiens zum Schauplatz eines erneuten Tauziehens zwischen Peking und Neu Delhi bzw. zwischen Peking und Moskau: Bhutan und Sikkim.

Das kleine, nur 47.000 qkm umfassende und von 1,1 Mio Einwohnern besiedelte Himalaya-Königreich BHUTAN gilt - neben Ladakh, Nepal, Sikkim und dem NEFA-Gebiet - als einer der "fünf Finger Chinas" nach Indien, wobei kritisch angemerkt werden muß, daß dieses Bild unrichtig ist, insofern Indien in einem Land wie z.B. Sikkim die Zügel fest in der Hand hält, hier also eher von einem "Finger Indiens nach China" gesprochen werden könnte. (Auch als "Etat-Tampon" bezeichnet. (2) (Vgl. Karte Nr. 1)

Entlang dem 3.400 km langen Grenzverlauf Chinas nach Südasien, an dem diese "Fünf Finger" angewachsen sind, ist bisher nur die gemeinsame nepalesisch-chinesische Grenze, also eine Strecke von 1.050 km, von China anerkannt. (3)

Das NEFA-Gebiet (North East Frontier Agency) und die Ladakh-Zone sowie Bhutan und Sikkim mögen zwar natürliche Grenzverläufe (Hauptkamm des Himalaya und Wasserscheide im Falle Bhutans und Sikkims) aufweisen, ihnen

fehlt jedoch die juristisch verbindliche Anerkennung durch China, wobei allerdings hinzuzufügen ist, daß Peking keine territorialen Ansprüche gegen die beiden Zwergstaaten erhebt. Im NEFA-Gebiet und in Ladakh hat es noch 1962 schwere Grenzkämpfe zwischen Indien und China gegeben. Durch solche Erfahrungen belehrt, hat Indien in den letzten Jahren versucht, nicht nur die beiden Zonen, sondern darüber hinaus auch Bhutan und Sikkim immer mehr unter seine Kontrolle zu bekommen.

Dies trifft vor allem im Falle des Zwergstaates Sikkim zu, das seit dem "Protektoratsvertrag" vom Dezember 1950 sowohl in seiner Außenpolitik wie in seiner Verteidigung ganz von Neu Delhi abhängig ist. (4) Als es im April 1973 zu Unruhen in Sikkim kam und der dortige Chogyal (König) die Inder um Hilfe rief (5), reagierte Peking einigermassen allergisch, indem es darauf hinwies, daß die inzwischen erfolgte indische Militäraktion einen neuerlichen "Gewaltakt" bedeute und daß es kein Wunder sei, daß



Karte Nr. 1: Bhutan in Südasien

die "Protestbewegung des Volkes von Sikkim gegen die indische Unterdrückung immer stärker" geworden sei. (6) (Vgl. Karte Nr. 2)

Aufmerksam verfolgt die VR China auch die Entwicklung in Bhutan, wo Anfang Juni der erst achtzehnjährige König Jugme Singye Wangchuk den Thron bestiegen hat.

Am 7. Juni (7) gab Hsinhua eine Erklärung des neuen Königs vom 6. Juni anlässlich einer Journalistenkonferenz heraus, in der das neue Staatsoberhaupt betonte, Bhutan brauche vor allen Dingen Selbstvertrauen und die Haltung der Souveränität und Unabhängigkeit. Wörtlich: "Auf die Frage nach den Beziehungen Bhutans mit China sagte der König, die Haltung Chinas gegenüber Bhutan sei bislang immer freundlich gewesen. Es gebe noch einige Gebiete an der Grenze zwischen beiden Ländern, die noch nicht markiert seien, aber das habe zu keinem Problem geführt, betonte er und fügte hinzu: 'Bhutans Beziehungen zu China waren immer friedlich'."

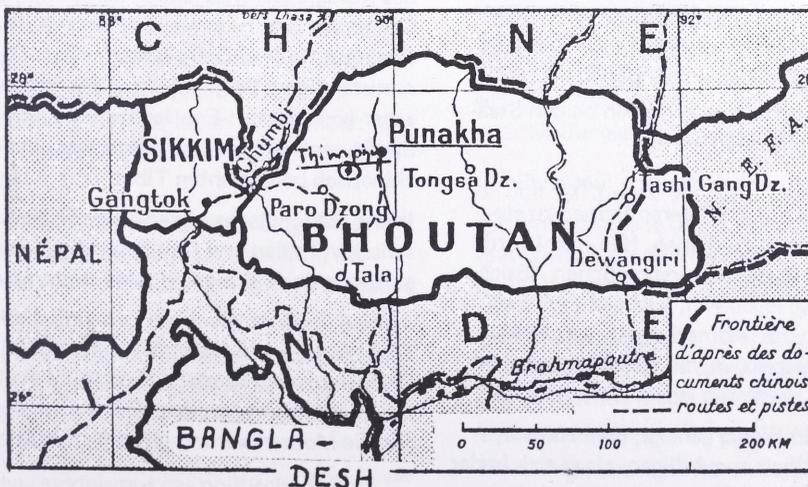
Dieses Zitat der Hsinhua ist zweifellos affirmativ gemeint. Weit davon entfernt, die Souveränität des Königs beschneiden zu wollen, hat China seit langem einen Kurs eingeschlagen, der darauf abzielt, den König in seinen Emanzipationsversuchen gegenüber Indien sogar zu bestärken.

China verfolgt damit ein Ziel, das bhutanischen Vorstellungen ganz und gar entgegenkommt; denn man fühlt sich in dem Himalya-Königreich bisher noch allzusehr von dem mächtigen indischen Nachbarn im Süden abhängig, das Bhutan als Pufferstaat zu China erhalten wissen möchte.

Damit setzt Indien eine Tradition fort, die bereits unter britischer Herrschaft begonnen hatte.

1865 warfen zwar bhutanische Truppen eine britische Militärexpedition, die gegen sie entsandt worden war, zurück, doch mußte das Königreich im Vertrag von Punakha vom 8. Januar 1910 den Briten die Gestaltung ihrer Außenbeziehungen überlassen, wofür sie das Versprechen erhielten, daß man sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten mischen wolle.

Dieser Bestand von Rechten und Pflichten wurde 39 Jahre später, als Großbritannien sich aus Indien zurückgezogen hatte, in einem Vertrag zwischen Indien und Bhutan (vom September 1949) fortgesetzt. In Artikel 1 wurde "ewiger Friede und Freundschaft" zwischen den beiden Ländern vereinbart.



Karte Nr. 2: Bhutan und Sikkim

(aus: Le Monde diplomatique Febr. 1966)

Die wohl wichtigste Bestimmung enthält Artikel 2. Er lautet: "Die Regierung von Indien wird sich nicht in die interne Verwaltung von Bhutan einmischen. Die Regierung von Bhutan ihrerseits ist damit einverstanden, daß sie in ihren auswärtigen Beziehungen dem Rat der Regierung von Indien folgt".

Weitere Bestimmungen: Artikel 3: jährliche Geldspende Indiens; Artikel 4: Grenzvereinigungsregelung; Artikel 5: freier Handel zwischen beiden Ländern; Artikel 6: Bhutan darf nach Belieben Waffen und Maschinen über indisches Gebiet einführen; Artikel 7: Staatsbürger von Bhutan, die in Indien leben, haben gleiche Rechte wie indische Staatsbürger; Artikel 8: gegenseitige Auslieferung von Kriminellen; Artikel 9: Arbitrage im Fall von Streitigkeiten. (8)

**Damit war der Rahmen abgesteckt, in dem sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten künftig bewegen sollte. Bhutan hatte sich de jure in ein Protektoratsverhältnis zu Indien begeben und damit einen Schritt unternommen, der sich später, als es zu Spannungen im indisch-chinesischen Verhältnis kam, ungünstig auf das Verhältnis zur Volksrepublik China auswirken mußte. Ginge es dem Wunsche Pekings nach, so würde Bhutan zu Indien wie zu China in einem Verhältnis der Äquidistanz stehen. Indien freilich hat dafür gesorgt, daß Bhutan über die Jahre am kurzen Zügel Neu Delhis blieb, wengleich sich das Land auf außenpolitischem Gebiet nach und nach einen gewissen Freiraum zu schaffen wußte.**

Im Mai 1971 beispielsweise überreichte der erste Botschafter Bhutans im Ausland sein Beglaubigungsschreiben in Indien, später in Bangla Desh. Damit war der erste Schritt in Richtung einer gewissen außenpolitischen Emanzipation getan. Auch den Ländern des Colombo-Plans gehört Bhutan an.

Im Herbst 1971 wurde das Königreich auch Mitglied in der UNO. In Thimphu, der Hauptstadt Bhutans, vertrat man die Ansicht, daß dieser Beitritt keineswegs zu einer Änderung des Vertrags von 1949 führen müsse. Richtig interpretiert, müsse Artikel 2 nämlich so verstanden werden, daß Bhutan durch den "Rat" Indiens wohl geleitet werde, nicht aber daran "gebunden" sei. Bhutan könne z.B. in der UNO anders stimmen als Indien, wengleich dies angesichts des sonst vorherrschenden Gleichklangs zwischen beiden Staaten in der Praxis kaum je eintreten werde.

Damit nicht genug, versucht das Königreich, um endlich auch wirtschaftlich einmal auf kräftigeren Beinen zu stehen, dem Tourismus das Land zu öffnen. Neu-Delhi wird sich überlegen müssen, ob es diesen verständlichen Absichten Hindernisse in den Weg legen will. Vielleicht wird es sogar zu einer Neufassung der Abmachungen von 1949 kommen müssen - eine Perspektive, die vor allem aus chinesischer Sicht positiv zu bewerten ist.

**Einstweilen ist Indien noch wenig geneigt, dem Himalaya-Königtum noch mehr Freiheit zuzubilligen, als es sich in der Zwischenzeit ohnehin schon genommen hat. Gerade in letzter Zeit haben sich die Bremsversuche Indiens verstärkt.**

Neu-Delhi kommt beispielsweise für rd. 75% des jährlichen

Staatshaushalts von 20 Mio US\$ auf und hat rd. 90% der bisherigen drei Fünfjahrespläne finanziert. Indische Beamte sind fast in jeder bhutanischen Regierungsstelle zu finden, vom Erziehungsdirektor bis zum Postbeamten. Insgesamt sollen nicht weniger als 1.000 indische Beamte in bhutanischen Diensten stehen. Außerdem stellt Neu-Delhi Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Agronomen. Indische Pioniere haben architektonisch meisterhaft angelegte Straßen in die Himalaya-Bergwelt gelegt, und zudem soll eine ganze indische Gebirgsjägerdivision in der Stärke zwischen 12- und 15.000 Mann in Bhutan stationiert sein. Auch die kleine stehende Armee Bhutans von etwa 6.000 Mann wurde von einem "militärischen Ausbildungsteam" Indiens trainiert und ausgerüstet. So weit reicht Indiens Arm, daß kein Fremder ohne indische Zustimmung in das Königreich kommen kann; sogar die königliche Familie mußte vor kurzem - unter peinlichem Gesichtsverlust - eine Einladung an persönliche Freunde chinesischen Ursprungs wieder zurücknehmen, nachdem die indischen Behörden ihr Veto eingelegt hatten. Diese eigentlich vertragswidrige Einmischung ist für viele Bhutaner umso unerträglicher, als sie sich von den meisten Indern wie von "Kolonialisten" hochmütig behandelt fühlen. (9)

Der Widerstand gegen diesen indischen "Kolonialismus" ist nicht neu. Solange Indien und China noch in gutem Einverständnis miteinander lebten, hatten Selbstständigkeitsregungen in Bhutan keinerlei weiterreichende Bedeutung. Die Situation änderte sich erst mit dem Aufkommen von Spannungen zwischen Neu-Delhi und Peking und vor allem mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in den Jahren 1959 und insbesondere Ende 1961. Peking begann nun Bhutan gegenüber Avancen zu machen.

Wie die Zeitung "Times of India" (10) berichtete, bot die VR China Anfang 1961 dem Königreich Bhutan Hilfe an, die an keinerlei Bedingungen geknüpft war. Auch habe Peking direkte Verhandlungen zur Beilegung des Grenzdisputes vorgeschlagen. (Der chinesisch-bhutanische Grenzdisput dreht sich um zwei Gebiete im Norden und Nordosten Bhutans, die zusammen etwa 800 qkm ausmachen.) Die Regierung des Königreichs wies jedoch darauf hin, daß China diese Grenzverhandlungen nicht direkt mit ihr, sondern mit der Regierung in Neu-Delhi führen müsse. Der damalige Premierminister Jigme Dorji ging in seiner antichinesischen Politik sogar noch weiter: Er erlaubte Indien den Bau der ersten Straße nach Bhutan und untersagte allen Handel mit dem chinesisch beherrschten Tibet.

In der dem indischen Grenzkrieg folgenden bösen Atmosphäre zwischen Indien und China war die Luft voll von Verdächtigungen gegen Peking und seine weiteren Absichten.

Am 6.4.1964 wurde dieser pro-indische Politiker ermordet. Kein Wunder, daß man hinter dieser Aktion chinesische Drahtzieher vermutete (11), obwohl die Opposition eigentlich von der konservativen Priesterkaste, ausging, die sich gegen die Modernisierungspläne des Ministerpräsidenten sträubte.

Die Gelegenheit für einen Staatsstreich schien günstig, da der König kurz vorher einen Schlaganfall erlitten hatte und seither in einem Schweizer Sanatorium lebte. Zur Überraschung der Opposition jedoch flog der kranke König sofort

nach dem Anschlag auf Jigme Dorji nach Bhutan zurück, säuberte dort seine Armee von Unzuverlässigen und bekam die Situation schnell in den Griff. Nachfolger des ermordeten Ministerpräsidenten wurde dessen Bruder Lhendup Dorji, der allerdings kurze Zeit nach seiner Amtseinführung schon wieder zurücktreten mußte, da er zu jenen "Jungtürken" gehörte, die das Protektoratsverhältnis zu Indien nicht mehr länger hinnehmen wollten. Lhendup Dorji rechnete sich zu jenen jungen Bhutanern, die Nepal als Vorbild betrachteten, das ja in ähnlich exponierter geographischer Lage zwischen Indien und dem chinesischen Tibet liegt, aber gleichwohl soviel Geschicklichkeit aufgebracht hatte, um eine von Indien unabhängige Außenpolitik zu betreiben. (12)

Nicht lange nach der Entlassung des Premiers kam es am 31. Juli 1965 zu einem — allerdings erfolglosen — Attentat auf den indienfreundlichen König. Wieder glaubte man in Indien chinesische Agenten hinter dieser Tat vermuten zu müssen.

In den Monaten September und Oktober 1966 beschuldigte das indische Außenministerium China verschiedener Grenzverletzungen in Bhutan. Chinesische Truppen seien in das Gebiet des Königreichs in der Gegend des Chumbi-Tals (13) eingedrungen und hätten dort bereits Schützengräben ausgehoben. (14) Am 7. Oktober gab die indische Premierministerin Indira Gandhi eine Garantie-Erklärung für Bhutan ab: Sollte das Königreich angegriffen werden, werde sich Indien an den mit diesem Staat abgeschlossenen Vertrag halten und ihm bei der Verteidigung Hilfe leisten. (Der Staatsvertrag von 1949 enthält zwar, wie hier kritisch angefügt werden muß, keine ausdrückliche Verpflichtung Indiens zur Verteidigung Bhutans; doch kann kein Zweifel daran bestehen, daß Neu-Delhi jeden Angriff auf Bhutan als einen Angriff auf sein eigenes Staatsgebiet betrachtet.)

Am 31. Oktober zog daraufhin die Volksrepublik China ihre Truppen aus Bhutan wieder zurück. (15) Im Mai 1970 wurden erneute Grenzverletzungen durch chinesische Truppen gemeldet. (16)

In diesem Zusammenhang kam das Gerücht auf, daß China mit solchen Aktionen den abgesetzten Ministerpräsidenten Lhendup unterstützen wollte, der in Tibet eine bhutanische Exilregierung zu installieren beabsichtige, um von dort aus mit Chinas Unterstützung in Bhutan einen Umsturz herbeizuführen. (17)

Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte der König von Bhutan erkennen, daß es an der Zeit war, sich vorsichtig aus der Umarmung Indiens zu lösen. Wie nun konnte diese Absicht realisiert werden?

a) Ein erster Schritt bestand in der Einleitung vorsichtiger Verfassungsreformen, um dem Staatswesen die Autarkie als Voraussetzung für eine Emanzipation von Indien zu verschaffen.

Bisher hatte der Lama-Buddhismus das politische Leben Bhutans jahrhundertlang mitgeprägt. Von der Mitte des 16. Jh. bis zum Beginn des 20. Jh. hatte Bhutan — parallel zu dem tibetischen Dalai-Lama und Pantschen-Lama — gleichzeitig jeweils zwei Herrscher, nämlich einen geistlichen

(den Dharma Raja) und einen weltlichen Deva Raja. 1907 jedoch wurde die Erbmonarchie eingeführt, die seither in 4. Generation besteht. Obwohl der König in allen Angelegenheiten geistlichen und weltlichen Charakters theoretisch die letzte Autorität besitzt, haben die Lama-Mönche doch nach wie vor erheblichen Einfluß. Dem König steht ein Rat aus 8 Mitgliedern zur Seite. Daneben fungiert das Tsongdu, eine Art Parlament, das aus 130 Mitgliedern besteht, darunter 8 Mitgliedern des Königlichen Rates, 8 Vertretern der Klöster und 20 vom Monarchen ernannten Vertretern. Die restlichen 94 Mitglieder werden indirekt in den Dörfern gewählt. Das Land ist in 9 Provinzen eingeteilt, an deren Spitze jeweils ein Stammeshäuptling steht. Die Residenz dieser Feudalherren sind die für Bhutan so charakteristischen Dzongs, majestätische Schlösser, die die Täler beherrschen. In manchen dieser Schlösser können 2000 und mehr Personen leben. Jeder Dzong umfaßt auch die Verwaltungsgebäude und außerdem ein Kloster. (18)

1969 nun begannen die Verfassungsreformen, die hier Abhilfe schaffen und die eine gewisse Demokratisierung mit sich bringen sollten: Der bhutanische König sollte z.B. nur noch regieren können, wenn er das Vertrauen des Volkes genießt. Alle drei Jahre war ein entsprechender Test von der Nationalversammlung, der Tsongdu, durchzuführen. Sollte der König bei dieser Abstimmung die Mehrheit der Abgeordneten nicht gewinnen können, so hätte er zugunsten seines Nachfolgers abzutreten.

b) Auch wirtschaftlich blieb Bhutan nicht untätig. Es gelang ihm u.a., die UNO für verschiedene Entwicklungsprojekte zu gewinnen. (Einrichtungen der Holzindustrie, Schulen etc.) Auch hat ein Land wie Großbritannien, zu dem ja nach wie vor enge Beziehungen bestehen (u.a. hat der junge König dort seine Ausbildung erhalten) bilaterale Hilfe zugesagt. (19)

c) Eine dritte Methode besteht darin, die auswärtigen Beziehungen etwas mehr als bisher in die eigene Hand zu nehmen. An Interessenten für nähere Beziehungen zu Bhutan fehlt es angesichts der überragenden strategischen Lage des Landes keineswegs. Bisher unterhält Bhutan diplomatische Beziehungen allerdings nur mit Indien, dessen außenpolitischem "Rat" es bisher ohnehin untersteht, und mit Bangla Desh, sowie zur UNO.

Im Juli 1972 starb der für bhutanische Verhältnisse so reformfreundliche und außenpolitisch aktive Monarch und überließ das Amt seinem damals siebzehnjährigen Sohn, der dann Anfang Juni 1974 gekrönt wurde.

**Mehr Aufsehen als der Krönungsakt erregte freilich ein Attentatsversuch auf den jungen Thronfolger, der diesmal vermutlich nicht, wie 1964, von anti-indischen, sondern von anti-chinesischen Gruppierungen ausging.**

Zwei Gruppierungen waren es, die an dem letztlich gegen die VR China gerichteten Komplott teilnahmen, nämlich zum einen tibetanische Flüchtlinge, die daran interessiert sind, das Königreich Bhutan in eine Operationsbasis für die "Befreiung Tibets" zu verwandeln, zum anderen ein dem Königshaus feindlich gesinnter Clan, dem jeder

Verbündete recht war, wenn er ihm nur zum Throne verhalf. Palastintrigen und tibetanischer Irredentismus haben also jene explosive Mischung ergeben, die beinahe internationale Wirkungen hervorgebracht hätte. Von welchen unbedeutenden Ursachen strategische Änderungen in einem so empfindlichen Gebiet wie dem "Dach der Welt" ausgehen können, sei nachfolgend anhand einiger Details beschrieben:

a) Was zunächst die bhutanische Palastintrige anbelangt, so haben in Bhutan zwei Großfamilien, die Wangchuks und die Dorjis, seit Jahrzehnten miteinander um den Thron gerungen. Man fühlt sich hierbei an die beiden kambodschanischen Fürstenhäuser der Norodoms und der Sisowaths erinnert, wo bis 1970 ähnliche Verhältnisse herrschten. (20) Diese Uneinigkeit konnte jeder ungeteilte Dritte im Sinne eines *divide et impera* ausnützen.

b) Es waren schließlich tibetanische "Befreiungs"-Organisationen, die, wie in der Zwischenzeit festzustehen scheint, von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machten. Damit zeigte sich erneut, wie stark Tibet auch heute noch eine Art Schicksal für Bhutan ist: Schon im 8. Jh. war der Lamaismus, eine Spielart des Mahayana-Buddhismus (des Großen Fahrzeugs) über den Himalaya nach Bhutan gekommen. Aus Tibet auch kamen im 16. Jh. die Eroberer und Gründer Bhutans. Als Urahn des bhutanischen Reiches gilt heute noch der Eroberer Schabdung Ngawang Namgyal, Lama-Mönch und Oberhaupt des tibetischen Klosters vom "Donnerdrachen". Nach ihm nannte er das eroberte Bhutan "Druk Yul", also "Reich der Drachen". Seit Schabdung Namgyaks Zeit baut man auch die ursprünglich in Tibet üblichen Dzongs, jene bereits erwähnten charakteristischen Monumentalbauten, die Bhutan während der kommenden Jahrhunderte in ein Land der Klosterburgen verwandelten. Diese Bauten wurden nicht zufällig zu Brennpunkten des sozialen, religiösen und politischen Lebens in Bhutan.

Selbst der Name "Bhutan" hängt mit Tibet zusammen: Er kommt von dem indischen Wort Bhotanta, d.h. "Ende von Bhot" (Tibet!). Auch rassisch stammen die Bhutaner aus dem Norden und keineswegs aus Indien: Ihre Sprache, ihre Architektur, ihre landwirtschaftlichen Anbaumethoden, ihre Tänze und Trachten kommen durchwegs aus dem Norden. Auch der Handel wickelte sich früher fast ausschließlich mit Tibet ab (seit jenen Jahren allerdings, da Tibet der VR China einverleibt wurde, zu fast 100% nur noch mit Indien!).

Im Zuge der Eroberung Tibets durch die VR China kamen ferner zahlreiche Flüchtlinge, von denen heute noch etwa 4000 in Bhutan siedeln, und die ohne Zweifel gern wieder in ihre alte Heimat zurückkehren würden, sich also jederzeit für antichinesische Aktivitäten gewinnen lassen.

Eine besonders wichtige Rolle im tibetisch-bhutanischen Verhältnis spielte in den vergangenen Jahren ein tibetisches Flüchtlingsmädchen mit dem Namen Yangki, die zur Konkubine des 1972 verstorbenen Königs geworden war und ihm drei Kinder geboren hatte. Die rechtmäßige Königin verlor neben dieser ihrer Rivalin zunehmend an politischer Macht. Erst nachdem der König gestorben war, gewann

die Königin als Mutter des Thronfolgers erneut politischen Einfluß. Die Tibeterin Yangki, die bereits gehofft hatte, eines ihrer eigenen Kinder auf dem bhutanischen Thron zu sehen, war nun vor die Frage gestellt, ob sie der Inthronisation des neuen Königs tatenlos zusehen sollte. In dieser Situation mag sie das Angebot tibetischer Irredentisten angenommen haben, an einem Anschlag auf den Thronfolger teilzunehmen und auf diese Weise den bhutanischen Thron zu "tibetisieren".

Indische Agenten behaupteten zwar, die gedungenen Königsmörder hätten im Solde Pekings gestanden (21). Wie aber kommt es dann, so muß man sich fragen, daß die Tibeterin Yangki nach dem mißlungenen Anschlag nicht etwa nach China, sondern nach Indien geflohen ist?

Das versuchte Attentat hat in der Zwischenzeit noch weitere Kreise gezogen: Der festgenommene Attentäter hat nämlich zugegeben, daß er im Auftrag eines Bruders des Dalai-Lama, Gyalo Thendup, gehandelt habe, der im indischen Darjeeling eine Gruppe tibetischer Flüchtlinge auf Sabotageakte in Bhutan vorbereitet habe. Der gedungene Agent räumte weiterhin ein, daß er 100.000 Rupien für die Niederbrennung des Palastes in Thimpu und die Ermordung des Thronfolgers angeboten bekommen habe. Den Anschlag habe er gemeinsam mit der Tibeterin Yangki ausführen wollen, doch sei der Plan dann aufgedeckt worden. (22)

War es ein Zufall, daß zur gleichen Zeit aus Nepal die Nachricht eintraf, daß dort ein Sekretär des Gyalo Thendup verhaftet worden sei, und zwar im Tal von Pokhara, von dem aus ein Bergpaß direkt nach Mustang, der Hochburg der antichinesischen Khamba-Rebellen, führt?

Die bhutanischen Behörden haben in Indien inzwischen einen Antrag auf Auslieferung der Tibeterin Yangki gestellt. Sollte Neu-Delhi diesem Ersuchen nicht nachkommen, so geriete es in Verdacht, dem "Tibetisierungsplan" in Bhutan zumindest nicht unfreundlich gegenüberstanden zu haben. Auch müßte man sich dann fragen, wie hoch der Wahrheitsgehalt jener Gerüchte anzusetzen sei, daß Moskau neuerdings von Bangla Desh und Indien aus über Sikkim und Bhutan Agenten nach Tibet einschleust, die den dortigen Khamba-Aufständischen zu Hilfe kommen sollen. (23) Den Interessen sowohl Moskaus als auch Indiens wäre ja in der Tat gedient, wenn Tibet den Chinesen aus den Händen glitte – oder zumindest größere Schwierigkeiten bereitete.

Auch der Dalai-Lama kennt diese Interessenrichtung Moskaus und Neu-Delhis, welch letzteres freilich immer wieder offiziell verkündet, daß es Tibet als einen integrierenden Bestandteil der Volksrepublik China betrachte. Aus diesem Grunde hatte er ja auch die Formel von Tibet als dem "Vietnam Chinas" geprägt und versucht, Moskau für seine Rückkehrwünsche zu interessieren. (24)

Warum nun konzentrieren sich die Tibeter eigentlich so auf Bhutan und nicht auf andere Himalayagebiete? Die Antwort liegt auf den Hand: Nepal strebt nach einem guten Verhältnis zur Volksrepublik China und ist deshalb nicht daran interessiert, sich den Unmut Pekings durch Duldung tibetischer "Befreiungsbewegungen" zuzuziehen. Die Gebiete von Ladakh und NEFA andererseits sind seit dem Grenzkrieg

von 1961/62 militärisch scharf bewachte Areale. Bleiben also als beste antichinesische Operationsbasen nur Bhutan und – Sikkim. Mit dem Scheitern des Anschlags auf den jungen König freilich dürften Pläne zu einer Tibetisierung des bhutanischen Throns ausgeträumt sein.

Und SIKKIM? Hier muß man sich in der Tat fragen, ob es ein von den Ereignissen in Bhutan unabhängiger Zufall ist, daß Indien in der Zwischenzeit damit begonnen hat, das benachbarte Sikkim stärker in den Griff zu bekommen? Sikkim ist an Indien noch viel stärker gebunden als Bhutan. Nicht nur seine auswärtigen Beziehungen, sondern auch die Verteidigung des Gebiets und die großen Linien der Innenpolitik werden von Neu-Delhi bestimmt. (25) (Vgl. Karte Nr. 3).

Der Chogyal (König) von Sikkim hatte nun in den letzten Jahren versucht, gegenüber Indien etwas mehr politische Distanz zu gewinnen. Indien antwortete auf diese Versuche mit einem geschickten Schachzug, der zur Entmachtung des Chogyal führen sollte. Aus der Sicht der Agentur "Neues China" stellen sich die Vorgänge folgendermaßen dar (26):

"Im vergangenen Jahr manipulierte die indische Regierung die Wahlen in Sikkim und brachte das Parlament unter die Kontrolle proindischer Elemente. Darüber hinaus peitschte Indien, das dort ja eine Militärherrschaft aufrechterhält, am 20. Juni einen Verfassungsentwurf durch das Parlament Sikkims. Unter dem Vorwand von 'Reformen' will dieses Gesetz den Chogyal, der die Unabhängigkeit repräsentiert, zu einem bloßen nominellen 'Staatsoberhaupt'

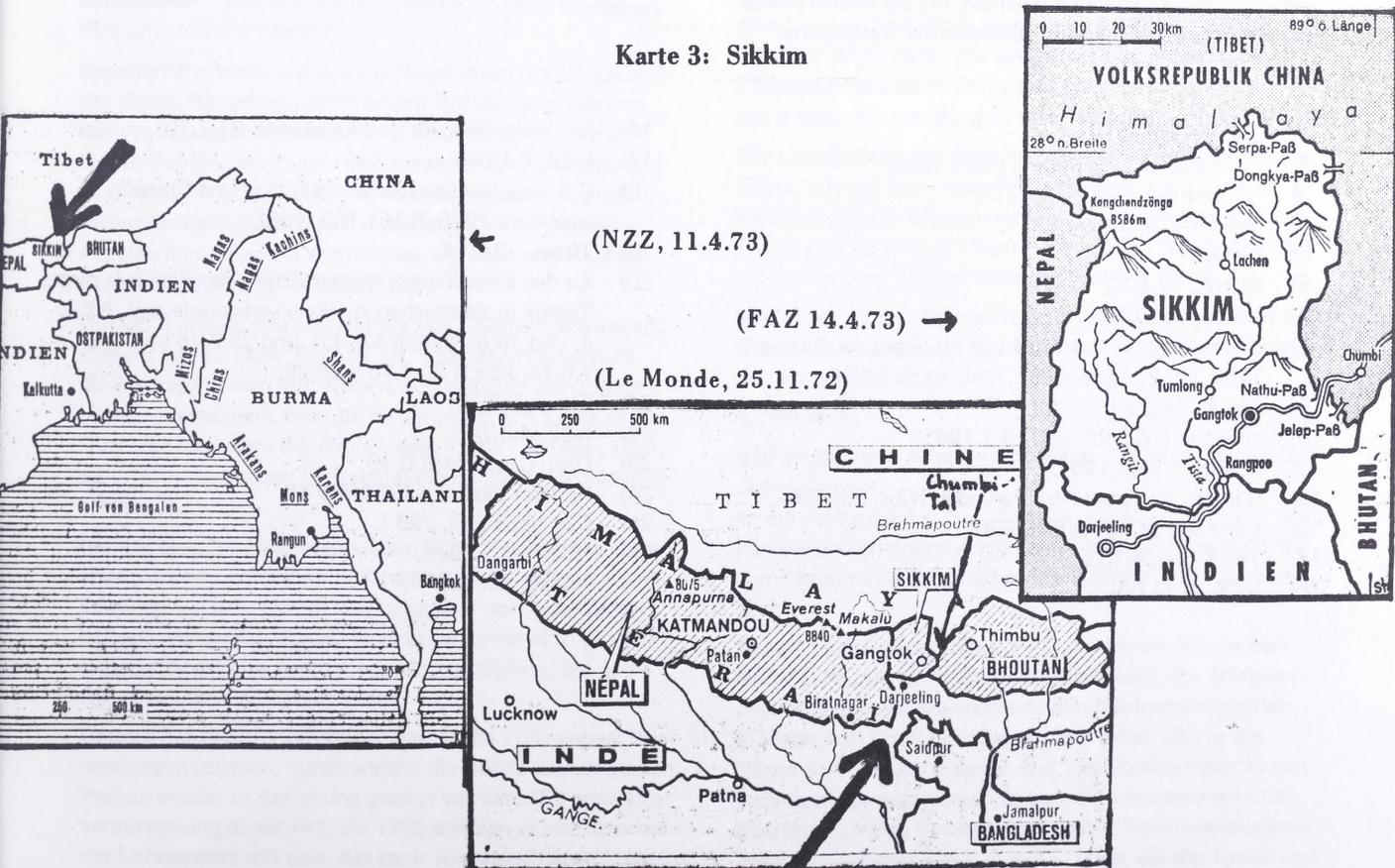
herabstufen, während der von Indien ernannte 'Hauptbevollmächtigte' die ganze Macht im Staate tragen soll. Der Verfassungsentwurf sieht sogar ganz offen vor, daß sich die Regierung von Sikkim 'an den politischen Einrichtungen Indiens' beteiligen und daß die 'Entwicklung Sikkims in den Interessensbereich der Planungskommission Indiens einbezogen werden kann'. Im wesentlichen ist damit beabsichtigt, Sikkim seines Rechts auf Unabhängigkeit völlig zu berauben und es zu einer indischen Kolonie zu machen ..... Das grobe Herumtrampeln der indischen Regierung auf der Souveränität Sikkims ist ganz einfach ein Akt kolonialer Expansion".

Der Chogyal weigerte sich zunächst, dem neuen Verfassungsentwurf seine Zustimmung zu erteilen. Indes stellte die Kongreß-Partei von Sikkim ein 48-Stunden-Ultimatum, das am 1. Juli um Mitternacht abließ und das dann in der Tat auch die erwünschte Wirkung beim Staatsoberhaupt hervorrief.

Peking bezeichnete dieses Ergebnis als einen "Mini-Tschechoslowakei-Zwischenfall" und gab dafür folgende Begründung: (27)

"1968 entsandten die Sowjetrevisionisten Truppen zur Besetzung der CSSR unter dem Vorwand der Hilfe für ein 'Bruderland' und der 'Verteidigung der Früchte des Sozialismus'; jetzt entsandte die indische Regierung Truppen zur Besetzung Sikkims unter dem Vorwand, Sikkim bei der Erreichung der 'Demokratisierung' zu helfen. Kurz, die beiden Zwischenfälle sind Ergebnisse der Machtpolitik in Form von Einschüchterungen gegenüber kleinen Ländern durch die großen. Die eine ist eine Supermacht und die andere eine Sub-Supermacht. Die eine hängt sich den Mantel der alten

Karte 3: Sikkim



Zaren um, während die andere in die Schuhe des Kolonialismus schlüpft. Die eine betreibt Expansion in allen Teilen der Welt, während die andere sich in Südasien ausbreitet. Darin liegt der tiefere Grund für das Lob der indischen Annexion von Sikkim seitens der Sowjetrevisionisten:

Das Propagandaorgan des sowjetischen Sozialimperialismus, TASS, verkündete laut das Lob der kürzlichen expansionistischen Akte und erklärte zungenfertig, die indische Regierung habe in Sikkim, wo sie eine 'Verfassung' ausgeheckt, gute Arbeit geleistet. Es hieß: 'Die Entwicklung und Annahme der Verfassung .... ist ein wichtiger Schritt in der Demokratisierung des politischen Lebens von Sikkim, und die Bestätigung der Verfassung beseitigt die letzten Hindernisse für die Einsetzung einer demokratischen Regierung in dem Lande' usw. Handelt es sich um einen wichtigen Schritt in der 'Demokratisierung' oder um einen 'wichtigen Schritt' in der Annektierung von Sikkim durch Indien?

Wie allen bekannt ist, wurde die Verfassung von indischen Vertretern in Sikkim, das unter indischer Militärherrschaft gestanden hat, ausgearbeitet und nach der Niederschlagung des Widerstandes des sikkimesischen Volkes durch indische Truppen und Polizei dem Lande aufgezwungen. Die Verfassung eines Landes wird von einem ausländischen Staat ausgeheckt, der die Aufgabe eines anderen in seine eigene Hand nahm! Dies wird von den Sowjetrevisionisten 'Demokratisierung des politischen Lebens' genannt.

Der 'Verfassung' entsprechend, wird die indische Regierung eine Persönlichkeit entsenden, die die beiden Ämter des Regierungschefs und Präsidenten der Nationalver-

sammlung von Sikkim übernehmen soll. Es ist vorgesehen, daß die Regierung von Sikkim um 'Teilnahme an den politischen Institutionen Indiens ersuchen kann'. Dies bedeutet, daß das Land um ausländische Annexion 'ersuchen' kann. Eine seltsame Geschichte für zahllose Zeitalter! Dies ist auch eine ausgezeichnete 'Demokratisierung' im Mund der Sowjetrevisionisten.

Die sowjetrevisionistischen Führer waren ferner der Meinung, daß es immer noch 'ein letztes Hindernis' für die 'Demokratisierung: in Sikkim gebe. Wo liegt dieses 'letzte Hindernis'? Es ist eine Tatsache, daß die Sikkimesen die 'Verfassung' der 'Demokratisierung' nicht akzeptieren. Sie riefen Losungen, mit denen sie die Verfassung verurteilten. Es fanden Demonstrationen und Streiks statt, und die Geschäfte schlossen eines nach dem anderen. Indische Truppen und Polizei, die die Hauptstadt von Sikkim besetzten, griffen mit Knütteln und Tränengas an und fügten vielen Personen schwere Verletzungen zu.

TASS hat nicht den Wunsch und wagt es auch nicht, all dies zu erwähnen. Es kann jedoch mit Gewißheit gesagt werden, daß das sikkimesische Volk bei der Annexion seines Vaterlandes das größte Hindernis für Indien darstellt, ein Hindernis, das die Sowjetrevisionisten und die indische Regierung niemals 'beseitigen' können ..."

China hat bereits gergewöhnt, daß nunmehr Sikkim zu einem antichinesischen Glacis ausgebaut werde, nachdem entsprechende Versuche in Bhutan gescheitert sind.

Mit Schachzügen dieser Art trägt Indien gewiß nicht dazu bei, das Verhältnis zu seinem nördlichen Nachbarn zu verbessern.

- 1) C.a. 1974/6 Ü 19.
- 2) Le Monde Diplomatique, Febr. 1966
- 3) Näheres C.a. 1972/6 S.23 ff.
- 4) Näheres C.a.73/5, S.235 f.
- 5) Ebda.
- 6) NCNA, 12.4.73.
- 7) NCNA, 7.6.74.
- 8) Der Vertrag ist abgedruckt in "Indian Law Review" 1952, Nr. 2, Appendix E, Vol. VI, S. 33-36.
- 9) FEER, 24.6.74, S. 35 f.
- 10) zitiert in NZZ, 25. und 29.1.1961.
- 11) Observer, 26.4.1964.
- 12) Näheres zu diesen Hintergründen NZZ, 25.12.64.
- 13) Karte dazu C.a. 73/5, S. 236.
- 14) The Times, 4.10.66.
- 15) NZZ, 2. 11.66.
- 16) Die Welt, 25.5.70, und Le Monde, 31.7.70.
- 17) NZZ, 6.10.66.
- 18) B.C.Nag, "Bhutan zwischen Indien und China" Indo-Asia 1965, S.161;165 (163).
- 19) Times, 12.6.74.
- 20) Zu den Einzelheiten Werner Adam, der sich über dieses Thema in zahlreichen Artikeln verbreitete, z.B. NZZ, 4. und 19.6.1974; FAZ, 4.6. und 25.6.74 und FAZ, 1.6.74; FEER 30.7.70 S.25;28.
- 21) Times, 9.6.74.
- 22) NZZ, 4.6.74.
- 23) Dazu C.a.1974/6 Ü 19
- 24) Näheres dazu C.a.1974/6 Ü 18.
- 25) C.a. 1973/5, S. 235 f.
- 26) NCNA, 3.7.1974.
- 27) NCNA, 13.7.1974.